Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 7

Artikel: Deutschland und der Südosten
Autor: Rheinbaben, Werner von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158533

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland und der Südosten.

Von **Freiherr v. Rheinbaben**, Staatssekretär a. D.

Nach dem Münchner Abkommen hätte man eigentlich erwarten können, daß in der „Großen Politik" allgemein eine gewisse Beruhigung eintreten würde. Das ist schon durch eigenartige Begründungen für gesteigerte Aufrüstung — das Ergebnis des 30. September wird weniger auf Friedensliebe und Gerechtigkeit als auf militärische Schwächen der Westmächte zurückgeführt — leider nicht eingetreten. Und zum Andern scheint es, als ob das Thema „Deutschland und der Südosten" in der internationalen Erörterung der heutigen Stellung und der weiteren Pläne Deutschlands in Europa allmählich den Platz einnehmen wird, der im zeitigen Frühjahr das Thema „Österreich" und im Sommer und Herbst das Thema „Sudetendeutschland" eingenommen hat. Erstaunlich ist es, zu hören und zu lesen, welche abwegigen Pläne man Deutschland hier unterstellt. Befremdlich muß es wirken, wenn man dabei den klaren Unterschied übersieht, der jeweils zwischen dem Anschluß eines rein deutschen Landes oder der Befreiung eines gegen seinen Willen unter fremder Herrschaft lebenden deutschen Volksteiles und andrerseits der Wahrnehmung und Entwicklung natürlichster wirtschaftlicher Beziehungen zu souveränen fremden Staaten besteht. Für diejenigen, die gegen Deutschland eingenommen sind, gibt es allerdings ein recht einfaches, leicht zu drehendes und zu deutelndes Schlagwort: „Deutschlands Drang nach dem Osten". Mit ihm kann jeder Brunnenvergifter, jeder politische Spekulant, jeder absichtlich Mißtrauische und jeder Stammtischnörgler der deutschen Politik unersättliche Expansionspläne andichten. Damit kann er zum tausendsten Mal unter Beweis stellen, daß diesem Deutschland nicht zu trauen ist, und daß alle Guten und Friedwilligen in Europa ihre Reihen gegenüber einem solchen Land und Volk schließen müßten. Wenn mir also die Gastfreundschaft dieser angesehenen Schweizer Zeitschrift angeboten und die Einladung übermittelt wird, über ein Teilgebiet aus diesem Komplex deutsche Auffassungen wiederzugeben, so mache ich gern von dieser Gelegenheit mit der Absicht Gebrauch, die Lage zu schildern, wie sie wirklich ist. Keinen meiner verehrten Schweizer Leser wird es jedoch nach den einleitenden Sätzen überraschen, wenn ich gleich zu Beginn festlege, wie ich es nicht machen will. Ich will nicht ins Einzelne gehende wirtschaftliche Statistiken über Ein- und Ausfuhr der

einzelnen Südoſtländer im Verhältnis zu Deutſchland wiederholen und nochmals — wie es die Fachliteratur dauernd tut und der Handelsteil jeder größeren Zeitung widerſpiegelt — den wachſenden Anteil Deutſchlands am Handel dieſer Länder zahlenmäßig nachweiſen. Das iſt ſchon oft geſchehen und iſt ſchließlich auch eine jedem Intereſſierten bekannte Angelegenheit. Ich möchte zweitens auch nicht in längerem Rückblick den Werdegang einzelner Südoſtſtaaten, ihren zum Teil erſtaunlichen Aufſtieg, ihren zunehmenden Selbſtändigkeitsdrang, ihre verſchiedenen politiſchen Pakte untereinander, ihre Bündniſſe mit Paris oder Warſchau, ihr Verhältnis zum Völkerbund in völkerrechtlichen Ausführungen darlegen. Auch hierüber enthält die Fachliteratur aller Länder genügend Aufklärung. Worauf es mir bei einer öffentlichen Erörterung der ſüdöſtlichen Fragen im Augenblick am meiſten anzukommen ſcheint, iſt die Zurückführung der im Thema „Deutſchland und der Südoſten" augenſcheinlich enthaltenen vielen Frageſtellungen und Imponderabilien aus dem trüben Nebel unverantwortlicher Stimmungsmache oder kenntnisloſer Voreingenommenheit in die klare Wirklichkeit eines hell erleuchteten europäiſchen Aufbaus und Werdens.

Was ſoll hier unter „trübem Nebel" verſtanden ſein? Alles das, was ausgehend von den an ſich richtigen Tatſachen eines zunehmenden wirtſchaftlichen Schwergewichtes Deutſchlands, von den Realitäten eines ſtarken, diſziplinierten 80-Millionenreiches in der europäiſchen Mitte und dem ſchon aus geographiſchen Gründen natürlichen Betätigungsgebiete Deutſchlands in der europäiſchen Südoſtrichtung zur Übertreibung, zum Neid, zur Verdächtigung, jedenfalls aber zur Verkennung der Wirklichkeit beizutragen bemüht iſt. Es möge mir verſtattet ſein, ganz kurz einige Beiſpiele aus der internationalen Erörterung der letzten Wochen anzuführen. Ich beginne mit England. Dort gibt es ſeit einigen Monaten ſo etwas wie eine ſyſtematiſche Propaganda zugunſten einer ſtärkeren engliſchen Beteiligung am Handel mit den Südoſtſtaaten. Nach bewährter Methode dient Deutſchland hierfür als Anlaß. Es gibt nicht wenige engliſche Politiker und Journaliſten, die die angeblich von Deutſchland bedrohten und von England zu rettenden wirtſchaftlichen Intereſſen der Südoſtſtaaten bereits zu ihrer Spezialität gemacht haben. Wie der Sklave hinter dem Seſſel des Königs Darius einſt ſeinem Gebieter das „Herr, gedenke der Athener!" täglich ins Ohr rief, ſo fordern dieſe modernen Warner ihre Regierung und öffentliche Meinung auf, die armen Südoſtländer vor dem angeblich bevorſtehenden Hineingleiten in den Herrſchaftskreis des unerſättlichen Molochs Deutſchland zu retten. Und zwiſchen dem Schlagwort „Deutſchland will ſeine Herrſchaft vom Rhein bis zum Schwarzen Meer ausdehnen" und der Forderung „Kredite für die Südoſtländer" werden alle Regiſter ehrlicher patriotiſcher Beſorgnis bis zu bewußter internationaler Giftmiſcherei gezogen. Laſſen wir alle Einzelheiten und alle Übertreibungen beiſeite, ſo bleibt feſtzuſtellen, daß das amtliche England vor einigen Monaten der Türkei aus ſolchen Beſorgniſſen heraus einen größeren Rüſtungs-

kredit einräumte, daß Kredite auch für andere Länder zur Erwägung stehen, daß Verhandlungen zum Ankauf größerer Weizenvorräte geführt werden, und daß die bestehenden wirtschaftlichen Stützpunkte und Beteiligungen emsig ausgebaut werden. So kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Londoner Regierung versucht hat, den deutschen Einfluß im Südosten zu hemmen, wobei das wirtschaftliche Moment, die Handelsexpansion, an erster Stelle steht.

Anders liegen die Dinge von Frankreich aus betrachtet. Auch hier stellen viele Leute den „deutschen Drang nach Osten" — er wird gewöhnlich in deutscher Sprache gesperrt gedruckt — sorgenvoll in ihre politische Rechnung ein. Trotz der gewiß auch auf französischer Seite bestehenden nicht unbeträchtlichen Wirtschaftsinteressen überwiegt hier aber gewöhnlich das politische Moment. Frankreich fühlt tatsächlich seinen bis jetzt vorherrschenden Einfluß schwinden und weiß nicht recht, was es tun soll, um sein Prestige zu wahren. Die öffentliche Meinung in der Presse ist ein Spiegelbild der amtlichen Haltung. Allen voran in Jeremiaden und Falschmeldungen steht hier eine Dame, die als moderne Pythia wegen ihrer Orakelsprüche berühmt oder berüchtigt ist. Sie hat angeblich stets die genaueste Kenntnis von intimsten Unterhaltungen zwischen den leitenden Staatsmännern Europas und hat hinsichtlich des Südostens längst entdeckt, daß zwischen Deutschland und Italien der Südosten in eine Einflußsphäre nördlich der Donau zugunsten von Deutschland und in eine südlich der Donau zugunsten von Italien aufgeteilt worden ist. Solche verwirrte Stimmen sind leider typisch für viele andere ähnliche Prognosen. Demgegenüber wirkte es fast wie eine Oase in der Wüste, als neulich ein früherer Premierminister seinen Landsleuten einmal zurief: „Laßt doch die Deutschen sich im Südosten betätigen — dort stören sie uns Franzosen doch viel weniger, als wenn sie sich etwa am Mittelmeer festsetzten!" Zusammenfassend muß man feststellen, daß seit mehreren Monaten kaum ein Tag vergeht, an dem nicht von irgendwelchen Leuten in London oder Paris in die Welt hinausgerufen wird, daß nach Österreich und Sudetendeutschland nunmehr die Reihe an die Südoststaaten käme, daß angeblich der Einfluß der Westmächte einen schweren Stoß bekommen hätte, und daß insbesondere nach dem Wegfall der Barrière Tschecho-Slowakei sich die Hand Deutschlands bald schwer auf die Südoststaaten legen würde. Wie sieht demgegenüber die Wirklichkeit aus?

Beginnen wir mit der wirtschaftlichen Seite. Soeben ist der zuständige deutsche Minister von einer Rundreise in Richtung Südosten zurückgekehrt. Im vollen Lichte der internationalen Öffentlichkeit — es gab und es gibt nichts zu verheimlichen — ist zunächst in Belgrad, in Ankara und in Sofia die Grundlage für einen noch intensiveren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen in gemeinsamen Beratungen und in freundschaftlichsten äußeren Formen hergestellt worden. Worin besteht diese neue Grundlage? Deutschland kann und will im Südosten keine politischen Geschäfte machen und

keine politischen Kredite geben. Es kann und will die überschüssige Agrarproduktion, Rohstoffe aller Art, Erze usw. mit Waren bezahlen und es will, soweit möglich, an der Erschließung der Bodenschätze, der Verbesserung der Verkehrswege zu Lande und zu Wasser und am Ausbau von Häfen 2c. tatkräftig mitarbeiten. Über diese nun in Zukunft systematisch weiter zu entwickelnde Zusammenarbeit hat der Minister in Sofia vor der internationalen Presse Folgendes ausgeführt:

Meine Reise hatte nicht den Zweck, den Südosten in eine irgendwie geartete Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. Wie sich der deutsche Warenaustausch mit dem Südosten jetzt abspielt, wird niemals eine einseitige Abhängigkeit des Südostens entstehen, denn die deutsche und die Südostwirtschaft ergänzen sich einander auf das glücklichste. Eine Abhängigkeit der Wirtschaften der Balkanstaaten von fremden Wirtschaften kann nur dann entstehen, wenn wirtschaftliche Beziehungen hergestellt würden, denen die natürlichen Voraussetzungen fehlen. Die Ideen, die ich den einzelnen Regierungen unterbreitet habe, beruhen darauf, daß in allen Staaten noch unerschlossene wirtschaftliche Möglichkeiten vorhanden sind. Deutschland wird nun helfen, diese noch nicht erschlossenen Bodenschätze und Bodenerzeugnisse zu entwickeln und zu heben. Auf diese Weise wird der Südosten eine größere Kaufkraft und einen höheren Lebensstandard erhalten. Er wird von Deutschland mehr kaufen können als bisher und umgekehrt wird Deutschland ein noch größerer Kunde des Südostens werden. Deutschland wird, da die Möglichkeiten einer Produktionssteigerung vielfach beschränkt sind, auf dem Wege von Warenkrediten dem Südosten helfen. Ein deutscher Kredit ist der Türkei bereits in Höhe von 150 Millionen Mark bewilligt worden. Es ist dies nicht eine Verschuldung eines Landes im althergebrachten Sinne, denn Deutschland wird dafür mehr Waren aus der Türkei einführen als bisher.

Ich habe bei allen Regierungen außerordentliche Bereitschaft gefunden, auf meine Vorschläge einzugehen. Man muß berücksichtigen, daß außerdem ein natürliches Verkehrsband zwischen Deutschland und dem Balkan durch die Donau gegeben ist. Wien wird unter Berücksichtigung dieser Voraussetzung zu einem der ersten Warenumschlagplätze ausgebaut werden.

Wir wollen bei allem jedoch nicht den Handel anderer Staaten verdrängen. Meine Reise hatte den Zweck, den gesunden deutschen Handel mit dem Südosten zu festigen und zu verstärken. Wir wollen dabei auch gewisse große Vorhaben, die für den ganzen Balkan von Vorteil sein können, durchführen. Dabei denken wir einmal an die bereits erwähnten und im Ausbau begriffenen Wasserwege, dann aber auch an Eisenbahn-, Post- und Telephonverbindungen.

Schließlich ist auch eine neue Situation durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen entstanden. Der Handel der Tschecho-Slowakei mit den Südoststaaten war sehr bedeutend. Dieser Handel kommt nun auch Deutschland zum Teil zugute. Die wirtschaftliche Struktur der Tschecho-Slowakei ist in den letzten Wochen vollkommen verändert worden; sie ist einmal ein reines Agrarland geworden, zum andern hat sie ihre Rüstungsindustrie behalten. Daraus ergibt sich, daß Deutschland selbst mit der Tschechei ein weitgehendes wirtschaftliches Übereinkommen treffen müssen wird. Die Verhandlungen haben bereits begonnen. In dem Verhältnis Deutschlands zu den Südoststaaten sind alle Voraussetzungen für eine sämtliche Teile zufriedenstellende Entwicklung gegeben.

Nach Berlin zurückgekehrt, hat der Minister nochmals die deutschen Absichten in ähnlicher Weise gekennzeichnet und vom Beginn einer groß-

zügigen, planmäßig gelenkten Austauschwirtschaft zwischen Deutschland und dem Südosten gesprochen.

Soweit das Programm. Es spricht für sich selbst. Manches ließe sich im einzelnen ergänzend ausführen, z. B. auch die Tatsache, daß die einzelnen Länder des Südostens aus eigener Initiative seit mehreren Jahren begonnen haben, ihre Agrarproduktion auf die speziellen Bedürfnisse Deutschlands einzustellen und den Anbau von Ölfrüchten, Baumwolle 2c. zu vermehren. Es vollzieht sich eben auch in diesem Raum und innerhalb seiner besonderen wirtschaftlichen Möglichkeiten und Bedürfnisse unaufhaltsam die endgültige Abkehr vom sog. „freien Weltmarkt", vom laissez aller — laissez faire Der Staat greift planend und richtunggebend ein, weil nur er die internationalen Absatzmöglichkeiten richtig zu beurteilen weiß. Er sorgt für stabile Preise. Er versteht in höherem Maße als früher seine Verantwortung dafür, daß die Bodenschätze dieser Länder nicht an kapitalkräftige anonyme Spekulanten und Großverdiener fallen und von ihnen zu persönlichem Vorteil ausgebeutet werden, sondern daß auch dieser Teil der Wirtschaft „national" in dem Sinne bleibt, daß ihre Gewinne und ihre Ausbeute der Allgemeinheit des betreffenden Volkes zugute kommen. Wenn Deutschland fortab mehr an der Erschließung der Rohstoffreichtümer der Südostländer beteiligt ist und auch mehr als bisher zur Lieferung der dafür notwendigen Maschinen, Materialien für den Brückenbau, Eisenbahnbau 2c. herangezogen wird, dann kann es in seiner eigenen Disposition für Jahre hinaus ein fester Abnehmer der Agrarüberschüsse und Rohstoffe werden, die es selbst notwendig gebraucht. Mit anderen Worten: In dem bedeutsamen Raum des europäischen Südostens ist es nunmehr endgültig gelungen, die Währungsschwierigkeiten zu überwinden und den Güteraustausch zu beiderseitigem Vorteil auf viele Jahre hinaus zu regeln. Und nicht nur das: Die deutschen Währungsschwierigkeiten haben sich geradezu als Erzieher zu dieser neuen Wirtschaftsform und Wirtschaftsmethode zwischen Deutschland und den Südostländern in einem Maße erwiesen, das ohne die Währungsschwierigkeiten vielleicht niemals erreicht worden wäre. Aus der Not wuchs hier wirklich die Tugend. Wer kann eigentlich mit Recht an dieser Entwicklung Anstoß nehmen?

Wir kennen in Deutschland natürlich den Einwand: Das Wirtschaftliche ist der Anfang, die politische Abhängigkeit ist das Ende. Auch hierzu nur das Wichtigste als Antwort. Die Südostländer haben seit dem Weltkriege wirklich selbst genügend Gelegenheit gehabt, andere Methoden im Geben und Nehmen auszuprobieren. Sie kennen vor allem die Folgen politischer Verschuldung. Man hat ihnen in erster Linie von Frankreich und der Tschecho-Slowakei Rüstungen geradezu aufgedrängt, und da diese Länder keinen Bedarf für Agrarüberschüsse hatten, wuchs die geldliche Verschuldung schnell. Man hat zahlreiche internationale Konferenzen abgehalten. Man hat Pläne über Pläne entworfen und große Versprechungen gemacht — aber wie wenig ist bei alledem herausgekommen. Viel Wasser

ist die Donau herabgeflossen, aber wie bei dem kindlichen Spiel des Stehaufmännchens hat sich die künstlich gebeugte Natur immer wieder von selbst aufgerichtet. Es ist geradezu belustigend, aus der Statistik zu entnehmen, daß einmal in einem Jahr, als eines der Südoststänber allzu dringend auf Einlösung von Pariser Versprechungen drängte, die betreffende Ausfuhr nach Frankreich sprunghaft anstieg, um dann im nächsten Jahre, als ein neuer französischer Wirtschaftsminister nachdenklich die Ziffern überprüfte, vom Künstlichen wieder zum Natürlichen zurückzukehren, d. h. auf den niedrigeren Export nach Frankreich aus der Zeit vor den ausnahmsweise zu politischen Zwecken getätigten Sondereinkäufen im Südosten. Ein anderer Vorgang zeigt Riesenprofite französischer Bergwerksunternehmungen auf Kosten des Südoststaates und erhebliche Verärgerung der betreffenden Regierung. Man könnte leicht mehrere Seiten mit ähnlichen Einzelheiten anfüllen. Aber wozu? Das heute vorliegende Endergebnis eines jahrelangen Hin und Her ist dieses: Deutschland ist der beste, regelmäßige und uneigennützigste Großabnehmer des europäischen Südostens. Jawohl, auch der uneigennützigste. Denn Deutschland ist seinerseits längst zu der Erkenntnis gekommen, daß es in seinem eigenen Interesse liegt, im Bezug aus den Südostständern nicht nur die Lücken in der deutschen Volksernährung zu schließen, sondern daß auch deren industrielle und verkehrsmäßige Erschließung, ihre höhere Kaufkraft, ihr höherer Lebensstandard und größere Zufriedenheit eine für Deutschland äußerst wünschenswerte Entwicklung darstellt. Die Politik soll da aufhören, wo die Wirtschaft zu ihrem Recht kommt. Dieser Grundsatz ist geradezu die Voraussetzung für eine dauernde politische Beruhigung in diesem Teile Europas, denn auch das politische Bild sieht heute schon erheblich anders aus als in den ersten Jahren nach dem Weltkriege. Richten wir nun darauf unsere Blicke.

Es war das französische Bündnissystem, das von England geduldet und im Völkerbund verankert, zunächst auch im Südosten dominierte. Sein Leitgedanke war: Beeinflussung von Wirtschaft und Finanzen aus politischen Motiven ohne Rücksicht auf schnell anwachsende Verschuldung. Seit 1934 stand ihm der bedrohliche Einfluß Moskaus zur Seite. Wir sind alle Zeugen davon gewesen, wie dieses System zunächst allmählich gelockert und schließlich mehr und mehr auf eine natürliche Ordnung der Dinge zurückgeführt worden ist. Wie sich auf wirtschaftlichem Gebiete heute das Natürliche, die wirklichen gegenseitigen Bedürfnisse, stärker erwiesen haben als Rüstungskredite und geldliche Verschuldung aus politischen Gründen, so hat sich zuletzt durch den Anschluß Österreichs und Sudetendeutschlands an das Reich eine neue Verteilung der Gewichte in Europa ergeben. Sie beruht ebenso auf dem realen Schwergewicht des vergrößerten Reiches wie auf dem Vorteil, den die geographische Lage bietet. Der Südosten wird hiervon voll berührt. Die bisherigen Bindungen einiger dieser Staaten über Deutschland hinweg waren gegen Deutschland gerichtet oder sie sollten

die deutschen Verbündeten des Weltkrieges, Ungarn und Bulgarien, niederhalten. Nun haben Ungarn und Bulgarien immer mehr den Weg zur Gleichberechtigung und zur guten Nachbarschaft zurückgelegt. In zunehmender Loslösung von der Patronanz in Paris hat insbesondere Jugoslavien bahnbrechend und selbständig die Fundamente einer fruchtbaren nationalen Außenpolitik gelegt. Die alte Tschecho-Slowakei als Barrière vor Deutschland auf dem Wege nach dem Südosten ist verschwunden. Der neue verkleinerte Nationalitätenstaat wird in erster Linie auf Agrarwirtschaft aufgebaut sein und hat bereits den Weg zu „loyaler" Einstellung gegenüber Deutschland beschritten. Er hat aufgehört, Glied einer Kette von gegen Deutschlands Einfluß gerichteten künstlicher Faktoren zu sein. Er wird, so scheint es, bald auf den Spuren der Südoststaaten seine Wirtschaft in der Richtung auf Deutschland neu orientieren. Welches Interesse sollen also die Südoststaaten heute noch haben, den Irrweg einer gegen Deutschland gerichteten französischen Bündnis- und Völkerbundspolitik fortzusetzen, für deren Gelingen nun so gut wie alle Voraussetzungen fortgefallen sind. Im Gegenteil: Gerade in der gegenseitig nützlichen Wirtschaftsverbindung all dieser Staaten mit Deutschland liegt die beste Garantie, unbehelligt von einer den Interessen dieser Staaten fremden Macht- und Prestigepolitik zu bleiben. Alles, was mit diesen Fragen zusammenhängt, ist durch die Ereignisse der letzten fünf Jahre einfacher und natürlicher geworden, und gerade hierin liegt die Gewähr für eine Dauer verheißende Befriedigung.

Aber wird nicht Deutschland, wenn dieser neue Zustand hergestellt sein wird, doch eines Tages mit Gewalt diesen Frieden stören und auf neuen Gebietszuwachs in der Richtung Südosten sinnen? Auf diese Frage kann ein Deutscher nur immer wieder auf die feierlichen Erklärungen seines Führers hinweisen, wonach Deutschland „territoriale Forderungen in Europa nicht mehr zu erheben hat". Er deutet zum Zweiten mit allem Ernst auf den wichtigsten Grundsatz des Nationalsozialismus, wonach nur „Deutsches" zusammengehört. Würde der Nationalsozialismus diesem Grundsatz untreu werden, dann legte er mit eigener Hand die Axt an die Wurzeln seiner Kraft. Die Staaten und Völker Südosteuropas haben von Deutschland politisch nichts zu fürchten und wirtschaftlich sehr viel zu gewinnen — das ist in einem Satz zusammengefaßt die wirkliche Lage.

Das Tempo der letzten Entwicklung war vielleicht allzu stürmisch, die Größe des Geschehens allzu verwirrend, als daß heute schon diese Wirklichkeit in allen Südoststaaten kritik- und bedenkenlos von jedermann als solche erkannt würde. Wir wissen: es gibt noch „Opposition" hier und da. Stellenweise ist sie aus inneren Ursachen identisch mit der Opposition gegen die eigene Regierung; stellenweise wird sie von außen künstlich genährt. So gibt es im internationalen Stimmungsorchester gelegentlich Zusammenklänge zwischen südöstlichen Mißtönen und solchen in Paris und London, die sich gegen das ihnen unbequeme und unerwünschte Neue stemmen und wehren. Im wesentlichen aber scheint doch die Lage so zu sein, daß die

große Mehrheit in den Südoſtländern der Richtigkeit des gegenüber Deutſchland eingeſchlagenen Kurſes ihrer wirtſchaftlichen Verflechtung mit Deutſchland zuſtimmt. Gerade die vorerwähnte Rundreiſe des deutſchen Wirtſchaftsminiſters hat das erneut beſtätigt. Wenn dieſe Reiſe zunächſt Griechenland und Rumänien noch nicht berührte, ſo war es wohl ſo, daß die gedrängte Zeit zunächſt eine weitere Ausdehnung der Reiſe nicht geſtattete, nicht aber ſo, daß dort etwa grundſätzlich andere Auffaſſungen den Generalkurs im Südoſten beeinträchtigen könnten.

Und nun noch ein paar Worte über die ſogenannte „große Politik". Zurzeit iſt noch nicht abzuſehen, in welcher Form die Verhandlungen zwiſchen Ungarn und der Tſchecho-Slowakei über die neuen Grenzen enden werden. Dementſprechend bleibt auch die Frage nach der Art der Garantierung des tſchecho-ſlowakiſchen Reſtſtaates durch die Großmächte gemäß dem Münchener Abkommen einſtweilen offen. Deutſchland kann nur wünſchen, daß eine allſeitig befriedigende Löſung bald gefunden werden möge. Der deutſche Führer hat mit Genugtuung von der Verſicherung des tſchecho-ſlowakiſchen Außenminiſters über die veränderte Einſtellung ſeines Staates gegenüber Deutſchland Kenntnis genommen. Es zeichnen ſich alſo deutlich die Umriſſe eines neuen Zuſtandes in Mittel- und Südoſteuropa ab, die man anſcheinend auch in Paris zum Anlaß einer grundſätzlichen Neuorientierung der franzöſiſchen europäiſchen Politik nehmen will, wie ſie ſich u. a. in wichtigen perſonellen Veränderungen des diplomatiſchen Dienſtes kundtut. So hat es wenig Sinn, in dieſer auf Deutlichmachung der grundſätzlichen deutſchen Haltung zum Südoſten abgeſtellten Abhandlung noch darauf einzugehen, daß ſich gewiſſe Pariſer Sorgen nicht nur auf die Südoſtländer ſelbſt in ihrer angeblichen Bedrohung durch Deutſchland erſtrecken, daß man eigenartige Hoffnungen an eine „Erſatzbarrière" gegen Deutſchland aus Polen, Ungarn und Rumänien knüpft, ſondern daß man auch hartnäckig nach Anzeichen Ausſchau hält, ob nicht das Deutſchland ſo eng befreundete Italien Zeichen der Eiferſucht über Deutſchlands wirtſchaftliche Fortſchritte im Südoſten von ſich gibt. All das iſt überflüſſiges Gerede und törichtes Hoffen. Was insbeſondere Deutſchland und Italien anbelangt, ſo gibt es zwiſchen den befreundeten Ländern auch keine kleinlichen Konflikte hinſichtlich der für beide Länder natürlichen und geſunden Fortentwicklung. Man kann getroſt auch darüber in der internationalen Erörterung zur Tagesordnung übergehen. Nur wenn die kritiſchen Wochen, die hinter uns liegen, in London und Paris nicht mehr Verſtändnis als früher für die Deutſchland von der Vorſehung geſtellten Aufgaben und für ſeinen natürlichen wirtſchaftlichen Entwicklungsbereich geſchaffen haben ſollten, dann wäre Anlaß zu neuer Beſorgnis vorhanden. Aber wir glauben nicht daran. Wir ſehen Englands Weltreich, wir ſehen das große franzöſiſche Kolonialreich und wir verlangen für Deutſchland nichts, worauf wir nicht ein natürliches Anrecht haben und was zu entwickeln und zu fördern nicht in friedlicher Arbeit möglich wäre.

Friedliche Arbeit! Für das neue Deutschland gibt es keinen Frieden ohne intensive Arbeit. Vielleicht ist das überhaupt die Lebensthese des veränderten Europas von heute und morgen. Deutschland hat durch den Anschluß von über 100 000 qkm deutschen Gebietes mit seinen 10 Millionen deutschen Menschen in diesem Jahre 1938 eine solche Fülle von neuer Arbeit erhalten, daß das Führerwort „Niemand braucht den Frieden mehr als wir" jedem Deutschen voll berechtigt erscheint. Und was uns insbesondere an der Arbeit für Südosteuropa so lockt und so freut, ist die unbestreitbare Tatsache, daß sie nicht nur auf traditionellen, sondern auch auf natürlichen Grundlagen und Wünschen aufgebaut wird, daß sie nicht nur Deutschland nützen soll, sondern noch mehr den beteiligten Staaten selbst, und daß sie dadurch Deutschland die Genugtuung geben wird, durch die Tat und mit der ihm eigenen Energie am europäischen Gesamtaufbau mitzuwirken.

Frankreich nach der Septemberkrise.

Von **A.-D. Tolédano**, Paris.

Die Krise, durch die Europa Ende September hindurchgegangen ist, hat für Frankreich eine der schwersten Stunden seiner Geschichte bedeutet. Alle meine Landsleute empfinden das mit mehr oder weniger deutlicher Schärfe; alle fühlen, daß irgend etwas in Europa sich verändert hat, daß der am 30. September in München mühsam gerettete Frieden eine unsichere Gewähr leistet und daß man schweren Zeiten entgegengeht. Die Ordnung des Versailler Vertrages ist ausgelöscht; welche Ordnung wird in Zukunft herrschen? Man weiß es noch nicht; vielleicht ... die pax germanica.... Das Morgen ist ungewiß.

* * *

Die Ereignisse von gestern scheinen schon weit zurückzuliegen. Seit dem Anschluß herrschte hier eine allgemeine Besorgnis über die nächste Zukunft. Die gesteigerte Macht Deutschlands und insbesondere die Tatsache, daß seine von Erfolg gekrönte Kühnheit seine Ansprüche nur weiter zu höheren Zielen reizen konnte, rechtfertigte alle Befürchtungen. In welcher Richtung wird Hitler seinen nächsten Schlag tun? Nach Danzig? nach Prag? Nach Danzig wohl nicht, denn die Herzlichkeit der polnisch-deutschen Beziehungen erlaubte das nicht. Danzig war übrigens genügend nazifiziert, daß sich seinetwegen ein Zank im Osten nicht lohnte. Prag hingegen bildete das vorgeschobene Bollwerk des französischen Einflusses in Mitteleuropa; die tschechoslowakische Armee war von französischen Offizieren ausgebildet worden; die Republik bildete unter der Präsidentschaft des Herrn Benesch